



## politik+++mittelstand+++information Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT - News · 2. Ausgabe 2009

### MIT im Kanzleramt

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) Ende April zu einem ausführlichen Meinungsaustausch in das Kanzleramt eingeladen. Gegenstand des Treffens, an dem ebenfalls CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla teilgenommen hat, waren die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie strategische Positionen im Wahljahr 2009. Der Bundesvorsitzende, Dr. Josef Schlarmann, übergab die Forderungen der MIT zum Bundestagswahlkampf 2009 mit dem Titel „Die Soziale Marktwirtschaft als Weg aus der Krise“.



Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Josef Schlarmann und dem MIT-Bundesvorstand im Kanzleramt

### Die Soziale Marktwirtschaft als Weg aus der Krise

Für die MIT ist die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard die entscheidende politische Gesamtkonzeption. Sie entspricht unserem Bild vom Menschen und der Gesellschaft, weil sie auf freiheitlichen Grundsätzen beruht, das Subsidiaritätsprinzip beachtet, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität Raum gibt und Eigenverantwortung stärkt. Sie weist dem Staat genaue Aufgaben zu und setzt seinem Wirken klare Grenzen. Sie sichert dem Individuum und Unternehmen freiheitliche Betätigung und garantiert den Raum für den freien Leistungswettbewerb. Angesichts der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mehren sich die Rufe nach einem starken Staat. Er soll Halt geben in einer Zeit, in der die Menschen mit erhöhter Unsicherheit konfrontiert sind. Die Finanzmarkt und Wirtschaftskrise hat dabei insbesondere Kritikern der Sozialen Marktwirtschaft Auftrieb verliehen. Es wird jedoch verkannt, dass nicht das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Ursache der Krisensituation ist. Vielmehr lässt sich die Entstehung der tiefen wirtschaftlichen Verwerfungen auf eine Vielzahl

von Faktoren sowie Akteuren in Politik und Wirtschaft zurückführen. Dazu gehören ein mangelndes Problembewusstsein bei Politikern und Aufsichtsbehörden, eine ungehemmte Kreditvergabe von US-Banken, die expansive Geldpolitik der US-Regierung, realitätsferne Beurteilungen durch Rating-Agenturen, prozyklisch wirkende Rechnungslegungsvorschriften, ungenügende Risikomanagementmethoden, undurchsichtige Finanzprodukte sowie Fehlverhalten von Banken und anderen Finanzdienstleistern. Finanzkrise und weltweite Rezession sind auch heute keine Argumente gegen die Soziale Marktwirtschaft. Vielmehr führt die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Politik vor Augen, wie bedeutsam die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft für unser Land ist. Sie ist das System, in dem die Produktion und Verteilung knapper Güter am effizientesten durchgeführt werden kann. Unter der Voraussetzung funktionsfähiger Märkte ist der Wettbewerb unter den Marktteilnehmern nach wie vor der beste Mechanismus um Fehlallokationen zu vermeiden. Ebenso klar ist

jedoch auch, dass eine funktionierende Marktwirtschaft einen Staat braucht, der Rahmenbedingungen schafft und deren Einhaltung überwacht, Verstöße ahndet und unterbindet, Vertragsfreiheit und Privateigentum sichert, Märkte offen hält und Haftung einfordert. Gesellschaftliche Akzeptanz findet die Marktwirtschaft schließlich nur, wenn letztlich Alle an ihrer wohlstandssteigernden Wirkung teilhaben und gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen nicht verletzt werden.“ Das Forderungspapier finden Sie unter [www.mittelstand-deutschland.de](http://www.mittelstand-deutschland.de)

#### MIT IN DEN MEDIEN

##### Steuergensenkung ins Wahlprogramm

„Ich begrüße, dass das Thema Steuergerechtigkeit ins Wahlprogramm kommt. Das ist ein Angebot an die bürgerlichen Wähler, die im September ihr Kreuzchen bei der CDU machen sollen. Die Steuergensenkungen müssen einen Effekt von mindestens zehn Milliarden Euro haben, damit davon etwas in den Haushalten ankommt.“ 15. Juni 2009, Kölner Stadtanzeiger



**Reform Nachbessern**

„Ungeachtet der Mahnung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zur Disziplin verlangte der Vorsitzende der Mittelstandsunion, Josef Schlarmann, am Dienstag weitere Entlastungen schon im kommenden Jahr. Schlarmanns Ansicht nach genügt es nicht, wenn ab dem kommenden Jahr lediglich die Krankenversicherungsbeiträge abgesetzt werden könnten. Mit dieser Reform in einem Umfang von 10 Milliarden Euro werde nur ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt. Um die Wirtschaft anzukurbeln, müsse im kommenden Jahr „noch mehr kommen“. Neben der Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen müssten auch „Investitionshemmnisse“ abgebaut werden, welche die Unternehmensteuereform gebracht habe.“

**12. Mai 2009 – Welt**

**Wer soll Staatshilfen erhalten?**

„Euro am Sonntag: Halten Sie es überhaupt für richtig, dass nicht systemrelevante Unternehmen Staatshilfe bekommen?“

Schlarmann: Wenn ein Unternehmen durch die Finanzkrise unverschuldet in Not gerät, darf der Staat mit befristeten Bürgschaften helfen, wenn Wettbewerber nicht benachteiligt werden. Sollte dies aber ein Einfallstor für Subventionen sein, wird dies fiskalisch ein Desaster. Darüber hinaus behindern Subventionen den notwendigen Strukturwandel in der Wirtschaft. Wenn wir jetzt anfangen, eine konservierende Strukturpolitik zu machen, dann werden wir nicht gestärkt, sondern geschwächt aus der Krise hervorgehen.

**7. Juni 2009 – Euro am Sonntag**

**MIT - Bundesverband**

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,  
Hauptgeschäftsführer der MIT

**Kontakt**

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin

Telefon: 0 30/ 22 07 98-0

Telefax: 0 30/ 22 07 98-22

eMail: [info@mittelstand-deutschland.de](mailto:info@mittelstand-deutschland.de)

[www.mittelstand-deutschland.de](http://www.mittelstand-deutschland.de)

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto/  
-pixelchickDK/-lilegagne/-sylvanworks/-Snowleopard;  
Foto Seite 1: Katja-Julia Fischer  
Foto Seite 3: Anke Ronge, BMWI, Seite 4: Paul Kirchhof



Die Union ist aus den Europawahlen als die mit Abstand stärkste politische Kraft in Deutschland hervorgegangen. „Dies zeigt, dass die Menschen in Zeiten der Krise ihre Stimme der Partei geben, die sie mit Wirtschaftskompetenz und solider Politik verbinden“, sagt Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der MIT. Die SPD hat mit rund 21 Prozent der Stimmen ihr historisch schlechtestes Ergebnis der Europawahl von 2004 wiederholt. Damit erhielten Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering die Quittung für eine Politik, mit der die Steuerzahler für unverantwortliche Hilfen an Industrieunternehmen haftbar gemacht werden sollen. Einem solchen Wahlkampf habe der Wähler die rote Karte gezeigt, so Schlarmann am Tag nach den Europawahlen.

Er sieht mit dem Zuwachs für die FDP auch das bürgerliche Bündnis insgesamt gestärkt. „Das Wahlergebnis in Bayern – wo die CSU ihr gutes Wahlergebnis aus dem Jahre 2004 bestätigen konnte – zeigt, dass der Erfolg der FDP nicht zu Lasten der Union gehen muss. Die CSU hat mit einem deutlichen Programm für mehr Steuergerechtigkeit bürgerliche Wählerschichten angesprochen“. Außerdem sei es Wirtschaftsminister zu Guttenberg gelungen, der CSU mit seinem ordnungspolitischen Kurs ein klares wirtschaftspolitisches Profil zu geben.

Das Ergebnis der Europawahlen zeige, dass es in Deutschland eine bürgerliche Mehrheit gibt und diese mit einem steuerpolitischen und ordnungspolitischen Angebot gewonnen werden könne.

**Vom Vater der Sozialen Marktwirtschaft lernen**

*Es muss unser unablässiges Bemühen sein, die Werte, die unsere Verfassung setzt, ins Bewusstsein aller Bürger zu rücken und es immer wieder deutlich zu machen, dass Freiheit mit Verantwortung gepaart sein muss, wenn sie nicht chaotisch entarten soll. So haben wir uns denn auch immer wieder zu fragen, was im Einzelfall die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus unserer freiheitlichen Lebensordnung und das Erfordernis wirklicher sozialer Gerechtigkeit gebieten.*  
(S. 817 Gaff)

*Die Sicherheit des einzelnen Menschen – oder mindestens das Sicherheitsgefühl – hat mit der Überantwortung seines Schicksals an den Staat oder an das Kollektiv nicht zugenommen, sondern abgenommen.*  
(S. 252 WfA)

*Es wird zu überlegen sein, ob wir weiterhin alljährlich aus Steuermitteln Milliardenbeträge als staatliche Subventionen auch dorthin verteilen dürfen, wo sie angesichts der inzwischen weit verbesserten wirtschaftlichen Lage nicht mehr unbedingt erforderlich sind...*  
(S. 633 Gaff)

*Das wäre doch wirklich ein grotesker Zustand, dass wir zunächst alle Steuern zahlen und dann alle anstehen, um schließlich vom Staat (...) unsere eigenen Mittel zurückzuerhalten.*  
(S. 37 GSM)



**BESTELL-COUPON**  
„Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz“  
Taschenbuch, 384 Seiten für 5,90 Euro inkl. Mehrwertsteuer zzgl. Versand  
eMail an: [kontakt@mit-werbemittel.de](mailto:kontakt@mit-werbemittel.de)  
oder Fax: 030/70 22 02 05

NAME \_\_\_\_\_

ANSCHRIFT \_\_\_\_\_

PLZ/ORT \_\_\_\_\_

TEL/FAX \_\_\_\_\_

## MIT- und MU - Mitglieder im neuen Europaparlament:

- **Balz, Burkhard**, Bankkaufmann, Niedersachsen
- **Böge, Reimer**, Diplom-Agraringenieur, Schleswig-Holstein
- **Caspary, Daniel**, Technischer Diplomvolkswirt, Baden-Württemberg
- **Ehler, Dr. Jan Christian**, Diplom-Volkswirt, Berlin
- **Ferber, Markus**, Diplom Ingenieur, Bayern
- **Florenz, Karl-Heinz**, Kaufmann und Landwirtschaftsmeister, Nordrhein-Westfalen
- **Jahr, Dr. Dieter Peter**, Diplolandwirt, Sachsen
- **Koch, Dr. Dieter-L.**, Diplom-Ingenieur, Thüringen
- **Langen, Dr. Werner**, Diplom-Volkswirt, Rheinland-Pfalz
- **Lechner, Kurt**, Jurist, Nordrhein-Westfalen
- **Lehne, Klaus-Heiner**, Rechtsanwalt, Nordrhein-Westfalen
- **Liese, Dr. Hans-Peter**, Arzt, Nordrhein-Westfalen
- **Mayer, Prof. Dr. Hans-Peter**, Rechtsanwalt, Niedersachsen
- **Pieper, Dr. Markus**, Diplom-Geograph, Nordrhein-Westfalen
- **Pöttering, Prof. Dr. Hans-Gert**, Jurist, Niedersachsen
- **Quisthoudt-Rowohl, Dr. Godelieve**, Naturwissenschaftlerin, Niedersachsen
- **Schnellhardt, Dr. Kurt Oswald Horst**, Tierarzt, Sachsen-Anhalt
- **Schwab, Dr. Andreas**, Rechtsanwalt, Baden-Württemberg
- **Ulmer, Dr. Thomas**, Arzt, Baden-Württemberg
- **Voß, Axel**, Rechtsanwalt und Dozent, Nordrhein-Westfalen
- **Weber, Manfred**, Diplom-Ingenieur, Bayern
- **Wieland, Rainer**, Rechtsanwalt, Baden Württemberg
- **Zeller, Joachim**, Diplom-Sprachmittler, Berlin

## MIT in Profil

### Anke Ronge

MIT-Vorsitzende im Stadtverband Beckum  
Bürgermeisterkandidatin von Marl



#### Warum engagieren Sie sich für die MIT?

Der Vorsitzende des MIT-Kreisverbandes Warendorf, Herr Siebert, wurde durch mein Engagement als Vorsitzende des Arbeitskreises Unternehmerfrauen im Kreis Warendorf auf mich aufmerksam und hat mich angesprochen. Nicht gleich beim ersten Gespräch habe ich zugesagt, Vorsitzende des MIT-Stadtverbandes Beckum zu werden und mich für die Interessen des Beckumer Mittelstandes einzusetzen. Aber in weiteren Gesprächen wurde ich davon überzeugt, dass unser Mittelstand in Beckum und darüber hinaus im Kreis und im Bezirk Vertreter braucht, um unsere Anliegen und Probleme in unseren Unternehmen in die entsprechenden politischen Gremien einzubringen. Zu diesem Zeitpunkt war ich Geschäftsführerin im Bauunternehmen meines Vaters und kaufmännische Betriebsleiterin des Zentralen Betriebshofes der Stadt Marl.

#### Was kann die MIT bewegen?

Die MIT versucht die Interessen und Forderungen der mittelständischen Unternehmen in die politische Auseinandersetzung innerhalb der politischen Entscheidungsgremien der CDU/CSU einzubringen. Wir in der MIT fordern die gesellschaftliche Anerkennung des Mittelstandes, in dem wir in der Öffentlichkeit immer wieder hervorheben, welche Verdienste die mittelständischen Betriebe nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für unsere Gesellschaft haben.

#### Was ist Ihnen in der Politik wichtig?

Vertrauen, Verlässlichkeit und Verantwortungsbewusstsein.

## Kredit- und Bürgschaftsprogramm nutzen

Der Bundesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, dass den Unternehmen in der aktuell schwierigen Finanzmarktsituation weiterhin die notwendigen



Hartmut Schauerte MdB

Mittel für ihre Investitionen und zur Aufrechterhaltung ihrer Liquidität zur Verfügung stehen. „Es geht darum, eine Kreditklemme zu vermeiden“, so der Parlamentarische Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Hartmut Schauerte, „das neue Kredit- und Bürgschaftsprogramm des Bundes wird von den Unternehmen gut angenommen. Es liegen bereits Anträge in Höhe von insgesamt 4,5 Mrd. Euro vor, davon ca. 1,9 Mrd. Euro aus dem Mittelstand und über 2,5 Mrd. Euro von großen Unternehmen.“ Erfreulicherweise werden dabei von den mittelständischen Unternehmen etwa zwei Drittel der Mittel für Investitionsvorhaben verwendet, die so wichtig für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind. Die größere Zahl der Anträge auf Betriebsmittelkredite zur Sicherstellung der allgemeinen Liquidität zeigt aber auch, dass sich viele Unternehmen aktuell in einer schwierigen Situation befinden. Sie benötigen diese Mittel, um die notwendigen Anpassungen zu verkraften und die Zeit bis zu einer Normalisierung der Märkte zu überbrücken, so Schauerte. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) geht von einer weiter zunehmenden Antragszahl aus. „Oft sind den Unternehmen die Möglichkeiten nicht bekannt, die das Sonderprogramm bietet. Wir werden daher in den kommenden Wochen zusammen mit der KfW einiges an Öffentlichkeitsarbeit unternehmen, um das Programm noch mehr in das Bewusstsein der Unternehmer zu bringen“, sagte Schauerte, der stellvertretender MIT-Bundesvorsitzender ist.

# Der Schaden der anderen



Prof. Dr. Dr. Paul Kirchhof

Unser Denken ist verwirrt. Wer ein gebrauchsfähiges Auto entgegen seiner Planung vorzeitig abwrackt, erhält eine Prämie. Wer sich bereit findet, keine Steuererklärung abzugeben und deshalb entgegen dem Gesetz besteuert zu werden, soll einen Bonus von 300 Euro empfangen. Wir spannen für die einen, die sich im Wirtschaftswettbewerb nicht bewährt haben, einen Rettungsschirm, lassen aber die anderen, die an dieser Fehlentwicklung nicht beteiligt sind, im Regen stehen. Wir lagern gifthaltige, toxische Papiere in einer „Bad Bank“ aus, erhöhen damit das Vermögen der Bank und vermindern das der Steuerzahler. Diese Aktionen sollen bald wieder ein Wirtschaftswachstum fast um jeden Preis erreichen. Selbst wenn

Produktivität und Nachfrage nachlassen, weil wir weniger Kinder, damit weniger Nachfrager, Unternehmer, Erfinder und Firmengründer haben werden, wenn der Finanzmarkt deutlich mehr Werte handelt, als tatsächlich vorhanden sind, wenn der Automobilmarkt mehr Autos produziert, als benötigt werden - selbst dann gestatten wir uns keine Phase der Beruhigung, der Neuorientierung in Bescheidenheit, sondern suchen künstlich und auf Kredit das Wachstum in Schwung zu bringen. Diese Scheinprosperität durch Verschuldung lässt sich organisieren, solange deren Lasten anonym bleiben und noch nicht spürbar sind. Wir stehen vor der Aufgabe, unser Wirtschaftssystem in die verantwortliche Freiheit jedes Unternehmers, Finanziers und Nachfragers zurückzuführen. Der Weg zu diesem anspruchsvollen Ziel wird allerdings oft durch vordergründige Stichworte versperrt. Mancher nennt unsere wirtschaftliche Realität Kapitalismus und erklärt diesen eilig für beendet. Doch dürften wir uns mit einer Phase des Postkapitalismus nicht zufriedengeben,

wenn damit die Zeit nach persönlicher Freiheit und persönlicher Verantwortlichkeit beginnen würde.

Freiheit ist das Recht jedes Menschen, seine eigenen Angelegenheiten im Rahmen verlässlichen Rechts selbst zu bestimmen. Sie berechtigt als Menschenrecht jeden Menschen, sieht also die einzelne Person in der Verantwortlichkeit für das wirtschaftliche Geschehen. Selbstverständlich können auch die Kapitalgesellschaften die Eigentümerfreiheit, die Berufsfreiheit und die Vereinigungsfreiheit wahrnehmen, müssen dann aber in gleicher Weise wie die Menschen ihr Handeln verantworten und für Fehler haften. Bisher allerdings haben manche Banken ihre Umsätze erzielt, fast ohne Eigenkapital zu haben und mit diesem zu haften. Zweckgesellschaften haben zweifelhafte Kreditforderungen gebündelt, verbrieft, zerstückelt und unter neuem, wohlklingendem Namen weiterverkauft, ohne dass Verkäufer und Käufer den Wert dieser Papiere ermesen konnten. Anleger leihen sich Aktien und spekulieren auf fallende Kurse oder suchen aus Währungsverlusten ihre Vorteile zu ziehen, erzielen gelegentlich sogar Profit dadurch, dass sie Unternehmen zerstören und sodann Unternehmensteile ertragreich veräußern.

Diese Umkehrung des Erfolgsprinzips der Wirtschaftsfreiheit veranlasst die Frage, ob die Freiheitsrechte die Instrumente dazu bieten, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, wirtschaftliche Prosperität zu fördern, Wohlstand für alle zu sichern. Markt und Wettbewerb verlieren ihre innere Rechtfertigung, wenn die Gegenwartsprofite langfristig in den Verlust führen. Wirtschaft und Staat rufen nach Konjunkturprogrammen - eine Droge, die gegenwärtig Gewinn und höheres Steueraufkommen verheißt, aber langfristig die Staatsschulden erhöht und alle Beteiligten schädigt.

**Paul Kirchhof lehrt Öffentliches Recht, Verfassungsrecht, Finanz- und Steuerrecht an der Universität Heidelberg.**

Den gesamten Artikel finden Sie unter [www.faz.de](http://www.faz.de) – Feuilleton - Debatten

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

## Europäische Union

**Die Europäische Union besteht heute aus 27 Mitgliedsstaaten.** Deutschland, Italien, Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande haben die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1957 gegründet – seither wurde die EU sechsmal erweitert. Aktuelle Kandidaten für eine Mitgliedschaft sind Mazedonien, Kroatien und die Türkei; mit den beiden Letztgenannten werden bereits Beitrittsverhandlungen geführt.

- **Wichtige Etappen der EU-Vertiefung:** Beseitigung der Zollschränken zwischen den Mitgliedsstaaten 1968, Vollendung des Binnenmarkts Ende 1992 und die Einführung des Euro als gemeinsame Währung für zunächst 11 Mitgliedsstaaten im Jahr 1999. Inzwischen ist die Währungsunion auf 15 Länder angewachsen. Die EU wird demzufolge durch den freien Verkehr von Bürgern, Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie durch die Währungsunion begründet. Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit sind verboten.
- **Gesetzgeber der EU** sind Ministerrat und Europäisches Parlament, die auf Vorschlag der Europäischen Kommission tätig werden. Die Mitgliedsstaaten werden durch die Vorgaben aus Brüssel stark gebunden, denn Gemeinschaftsrecht geht nationalem Recht vor. So sind etwa 40 Prozent aller deutschen Gesetze auf Impulse der EU zurückzuführen.
- **Der Haushalt der EU** hat im Jahr 2008 ein Volumen von 129,1 Milliarden Euro, davon entfallen 53,8 Milliarden auf die Landwirtschaft und die Förderung der ländlichen Räume. Weitere 46,9 Milliarden will die Union in diesem Jahr für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zwischen Regionen und Mitgliedsstaaten ausgeben.
- **Verfassungsvertrag gescheitert.** Versuche, die verschiedenen vertraglichen Regelungen zur Europäischen Union in einem Verfassungsvertrag genannten Dokument zusammenzuführen, sind gescheitert. Stattdessen wurde 2007 der Vertrag von Lissabon beschlossen, mit dem die größer gewordene EU demokratischer, effizienter und transparenter werden soll. Auch dieses neue Vertragswerk fiel durch: Im Juni 2008 lehnten die Iren es im Rahmen einer Volksabstimmung ab. Wie es weiter geht, ist noch offen.

(Quelle: iw köln)

